



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 18.04.2012, 17:03 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Auswirkungen des Fachkräftemangels in
Kindertageseinrichtungen - Maßnahmen zur
Gewinnung von pädagogischen Fachkräften

Vorl.Nr. 111/12

Abweichende Beschlussempfehlung:

- 1.) Der neuen Eingruppierungskonzeption für die Einrichtung von ständigen Stellvertretenden Leitungen und der Höhergruppierung der Zweitkräfte wird zugestimmt. Die Kosten liegen für 2012 bei insgesamt 207.344 €. Die Einrichtung der Stellen für Stellvertretende Leitungen soll zum 01.09.2012 mit Kosten in Höhe von 16.689 € für das Jahr 2012 erfolgen. Die Höhergruppierung der Zweitkräfte soll zum 01.05.2012 mit Kosten in Höhe von 190.655 € für das Jahr 2012 erfolgen.
- 2.) Die Einrichtung von 14 Ausbildungsplätzen zur Praxisintegrierten Ausbildung für ErzieherInnen ab September 2012 mit Mehrkosten von 55.533 € für das Jahr 2012 wird zugestimmt.
- 3.) Die Verwaltung wird ermächtigt im Rahmen der derzeit laufenden KiTaVO-Verhandlungen mit den Trägern des Kindergartenvertrags analog der Beschlüsse 1 und 2 vorzugehen.
- 4.) Da es sich bei der Höhergruppierung der Zweitkraftstellen und den stellvertretenden Einrichtungsleitungen um eine strukturelle Änderung handelt, werden die hiervon betroffenen Mitarbeiter auch nach der Höhergruppierung in ihrer bereits erworbenen Stufe weitergeführt. Für das Haushaltsjahr 2012 entstehen hierdurch Kosten in Höhe von ca. 37.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Die abweichende Beschlussempfehlung wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Schwytz

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Tagesordnung informiert EBM **Seigfried** über die Übergabe einer Unterschriftenliste durch die Vertreterin des Elternbeirats für das Einsetzen des Erhalts der Friedrich-von-Keller-Hauptschule in Neckarweihingen. Diese werde in die weitere Beratung des

Schulentwicklungsplanes eingebracht. Bei der zu führenden Erörterung über die Schullandschaft in Ludwigsburg werde eine Entscheidung in Verantwortung für die Gesamtstadt unter Berücksichtigung der Gesamtsituation getroffen werden müssen.

In die Tagesordnung einsteigend verweist EBM **Seigfried** nachfolgend auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 111/12 und führt unter Darstellung der Gründe für den Fachkräftemangel in Kindertageseinrichtungen einleitend kurz in den Sachverhalt ein.

Frau **Karcheter** (FB Bildung, Familie, Sport) erläutert daraufhin die Vorlage und geht auf die verschiedenen Maßnahmen ein. Mit Blick auf den gravierenden Fachkräftemangel und die in einzelnen Einrichtungen bereits zu verzeichnenden Verluste schlage man weiterhin eine Ergänzung des Beschlussvorschlags um Ziffer 4 vor.

Herr **Nitzsche** (FB Organisation und Personal) bringt zum Ausdruck, mit Blick auf die besorgniserregende Situation in Bezug auf den Fachkräftemangel insgesamt in der Region Stuttgart, versuche man, konkurrenzfähige Bedingungen zu schaffen, was Auswirkungen auf die Personalkosten habe, aber unumgänglich sei.

In der nachfolgenden Aussprache sieht Stadträtin **Kopf** die Vorlage als Einstieg und den Anfang einer Diskussion. Der Beschluss habe weitreichende Konsequenzen und sei aus ihrer Sicht Beispiel dafür, dass Mangel Entwicklungen weiterbringe. Die wichtige gute Qualität der Arbeit in den Einrichtungen koste Geld. Betonend geht sie weiterhin auf die Strukturveränderungen in der Ausbildung, das duale System und die praxisorientierte Ausbildung ein. Sie persönlich sehe heute einen Quantensprung in der Anerkennung und Profilierung des Erzieherberufes.

Unter dem Aspekt, dass Qualität ihren Preis habe und notwendig sei stelle die Vorlage aus der Sicht von Stadtrat **Daferner** den Vollzug eines weiteren Schrittes dar. Viel früher angesetzt werden müsse mit Blick auf die zurückgehende Bewerberzahl, auch würden mehr männliche Bewerber benötigt. Man stimme der Vorlage zu, jedoch müsse man sich Gedanken machen, was weiterhin getan werden könne, um die Bewerberzahlen zu steigern und den Einstieg und Verbleib zu sichern.

Stadtrat **Kirnbauer** schließt sich im Wesentlichen seinen Vorrednern an. Wichtig sei, dass insbesondere im gesamten Bereich der unteren Lohngruppen in nächster Zeit eine Lohnanpassung stattfinde.

Für Stadtrat **Dr. Vierling** ist dies ein Problem des Arbeitsmarktes. Das durchschnittliche Einkommen der Erzieherinnen werde nun etwas erhöht. Ob die vorgesehenen Maßnahmen ausreichend seien, um den Bewerbermangel abzubauen, bleibe abzuwarten, man begrüße jedoch die Verstärkung des ökonomischen Anreizes, den Beruf im Erziehungsbereich aufzunehmen.

Stadtrat **Heer** sieht es als sachlogisch an, dass die Höhergruppierung vorgenommen werde, macht in diesem Zusammenhang jedoch auf die dadurch im Vergleich tariflich höhere Eingruppierung dieser Personengruppen im Besoldungsgefüge aufmerksam. Die bessere Bezahlung in diesem Bereich werde langfristig zu höheren Elternbeiträgen führen, hier werde nachgesteuert werden müssen. Grundsätzlich sehe man Vorteile im dualen Ausbildungssystem. Als gute Gelegenheit des Ausgleichs betrachte man die Kindernester. Seine Faktion stimme dem Beschlussvorschlag zu.

Stadträtin **Lange** sieht eine bessere Bezahlung sowie die geplanten Ausbildungsplätze für die Praxisintegrierte Ausbildung für Erzieherinnen als überfällig an. Bemühungen zur Unterstützung von Wiedereinsteigerinnen und Quereinsteigerinnen sollten seitens der Stadt verstärkt und dabei vorhandene Fachkräfte aus Migrantengebieten im Rahmen der geplanten stärkeren Öffentlichkeitsarbeit und Werbung angesprochen werden.

Zur Klarstellung macht EBM **Seigfried** nachfolgend zum einen deutlich, dass der Tarifvertrag nicht geändert werde. Auch werde die Grundbezahlung der Erzieherinnen nicht verbessert. Im Rahmen

des geltenden Tarifes werde eine definitorische Veränderung vorgenommen und lediglich ein Wettbewerbsnachteil beseitigt. Weiterhin werde in unseren Einrichtungen eine neue Struktur mit Bezug auf Entwicklungsmöglichkeiten geschaffen sowie die neue Ausbildungsform der Praxisintegrierten Ausbildung für ErzieherInnen (PIA) eingeführt. Der Schwerpunkt liege dabei auf der Bestandspflege.

EBM **Seigfried**, Herr **Nitzsche**, Frau **Clauß** (FB Bildung, Familie, Sport) und Frau **Karcheter** (FB Bildung, Familie, Sport) gehen nachfolgend erläuternd auf Fragestellungen aus der Mitte des Gremiums, insbesondere der Stadträte **Daferner**, **Kirnbauer**, **Dr. Vierling** und **Heer** sowie Stadträtin **Klett-Heuchert**, insbesondere in Bezug auf die Thematik weiterer vorgesehener Maßnahmen, Anrechnung an den Fachkräfteschlüssel, Bindung der Auszubildenden nach Abschluss, Ausschreibung der Stellen, Höhergruppierung von Stellen sowie Praxisintegrierte Ausbildung, ein.

Stadtrat **Kirnbauer** bittet, künftig bei Höhergruppierungen zwecks Überblick und Klarheit eine Gehaltsliste beizufügen.

Als Ergebnis der Beratung stellt EBM **Seigfried** abschließend den Beschlussvorschlag der Vorl.Nr. 111/12 abweichend unter Ergänzung von Ziffer 4, im Gremium zur Abstimmung.

TOP 2	Erweiterung der evang. Kindertageseinrichtung in der Rudolph-Greiner-Str., Obweil, um 2 Krippengruppen	Vorl.Nr. 101/12
-------	--	-----------------

Beschluss:

Um die planerischen Grundlagen für die Realisierung von zwei Krippengruppen (20 Plätze) in der evangelischen Einrichtung Rudolf-Greiner-Straße zu schaffen, erhält die evangelische Kirchengemeinde als Eigentümerin des Gebäudes eine Planungsrate bis zur Höhe von 15.100 €.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Schwytz

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 101/12 und führt kurz in den Sachverhalt ein.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht.

In der nachfolgenden Aussprache bittet Stadträtin **Kopf**, eine möglichst verlässliche Kostenberechnung in Bezug auf das Bauprojekt vorzunehmen.

EBM **Seigfried** erläutert, der Auftrag an den Architekten laute, eine Kostenberechnung nach HOAI vorzulegen.

Aus der Sicht von Stadtrat **Heer** könnte ergänzend ein Zweitangebot eines Architekten insbesondere auch im Hinblick auf die Kostenberechnung, sinnvoll sein.

Stadtrat **Kirnbauer** erläutert, die Zahlen könnten nur aufgrund vorhandener Daten erhoben und nach HOAI ermittelt werden und seien vom Grundsatz her nicht veränderbar. Mehrkosten entstünden häufig aufgrund der Baugenehmigung durch erforderlich werdende zusätzliche Maßnahmen.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 101/12 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 3

Bericht Spielplatzpatenschaften in Eglosheim

Vorl.Nr. 112/12

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Mitteilungsvorlage Nr. 112/12.

Die Vorlage kurz erläuternd berichtet Frau **Sperzel** (FB Bürgerschaftliches Engagement) über die sehr guten Erfahrungen mit den Spielplatzpatenschaften in Eglosheim.

EBM **Seigfried** macht auf die Notwendigkeit der Begleitung dieses ehrenamtlichen Engagements seitens der Stadtverwaltung aufmerksam.

In der nachfolgenden Aussprache zeigt sich Stadtrat **Kromer** erfreut über den Einsatz. Kritisch äußert er sich jedoch über die Ausführlichkeit der Vorlage, diese Zeit hätte seiner Meinung nach beispielsweise für die weitere Spielplatzpatensuche verwendet werden können.

Stadtrat **Dr. Bohn** findet die Idee gut und beispielhaft für die ganze Stadt. Er hofft, dass für die restlichen zwei Spielplätze auch noch Spielplatzpaten gefunden werden. Vielleicht könne der Bericht einen Beitrag hierzu leisten.

Stadträtin **Moersch** findet die Information notwendig, die Initiative sehr gut und die Arbeit der Spielplatzpaten aner kennenswert. Die Spielplätze würden dadurch sauberer und sicherer. Ziel sei, noch viele Menschen zu gewinnen, andere Spielplätze in der gesamten Stadt in ihre Obhut zu nehmen. Sie spricht Dank dafür aus.

Stadträtin **Klett-Heuchert** spricht den Spielplatzpaten ein großes Lob und Dank aus. Ihrer Meinung nach sollte regelmäßiger von dieser Tätigkeit berichtet werden.

Aus der Sicht von Stadtrat **Heer** ist die Idee und Arbeit sehr gut. In der Rubrik „Gesucht“ des Fachbereichs Bürgerschaftliches Engagement könnte die Suche nach weiteren Paten publiziert werden.

Stadträtin **Lange** dankt ebenfalls für die Übernahme der Patenschaften.

Abschließend spricht EBM **Seigfried** den Spielplatzpaten für ihre Arbeit Dank seitens der Verwaltung aus.

TOP 4

Betrieb Bauspielplatz 2013 ff

Vorl.Nr. 117/12

Beratungsverlauf:

Unter kurzer Einleitung verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Mitteilungsvorlage Nr. 117/12.

Frau **Karcheter** (FB Bildung, Familie, Sport) erläutert nachfolgend die Vorlage und geht auf die wesentlichen Inhalte stellt die Situation dar. Die Verwaltung schlage zwei Umsetzungsoptionen vor. Bei Variante A werde Konzeptentwicklung und Umsetzung der Ergebnisse aus dem Planungsprozess durch einen freien Träger der Jugendhilfe gewährleistet. Hierfür stellt die Stadt jährlich 30.000 Euro zur Verfügung. Variante B wäre, dass die städtische Jugendförderung diesen Auftrag erhalte, um die Ergebnisse dieses Planungsprozesses dort umzusetzen. Hierfür werde jährlich eine Summe von 30.000 Euro bereitgestellt.

EBM **Seigfried** macht deutlich, dass eine politische Richtungsentscheidung benötigt werde.

Im Rahmen der nachfolgenden Aussprache bringt Stadtrat **Meyer** im Namen seiner Fraktion zum momentanen Zeitpunkt die Präferenz für ein offenes Verfahren zum Ausdruck. Das Thema Ferienbetreuung fehle in der Vorlage. Wichtig sei für seine Fraktion die intensive Vernetzung mit den Schulen. Er bittet abzuklären, ob der Gedanke des Matching-Fonds, wie bei den in der bisherigen Form weitergeführten Abenteuerspielplätzen, auch im Rahmen des offenen Verfahrens eine Möglichkeit beispielsweise für einen freien Träger darstelle.

Aus der Sicht von Stadtrat **von Stackelberg** sind grundsätzlich alle genannten Möglichkeiten denkbar. Man sei der Meinung, dass die Kinder- und Jugendförderung mit einem guten Konzept stark vertreten und die Stadt ein starker Partner in einer solchen Konstruktion sein müsse. Die Tendenz sei eher die Einordnung in die städtische Jugendarbeit, man spreche sich somit eher für die Variante B als eindeutigere und klarere Lösung aus. Weiterhin gehe man von einer Kostenneutralität der Varianten A und B aus.

Schön wäre aus Sicht von Stadträtin **Moersch**, wenn ein großer Teil der formulierten Anforderungen an ein Bildungs- und Betreuungsareal Eglosheim umsetzbar wäre. Ihre Fraktion würde sich im Moment dem Vorschlag der CDU-Fraktion mit einem offenen Verfahren anschließen. Die Jugendförderung müsse sich in diesem Bereich noch deutlich stärker integrieren.

Stadträtin **Steinwand** fehlt das Ferienprogramm, sieht dies mit einem Stellenumfang von 50 % jedoch auch schwer leistbar. Ihrer Fraktion wäre Variante B am liebsten.

Stadtrat **Heer** erklärt, seine Fraktion spreche sich klar für Variante B aus. Man sehe derzeit keine Alternative. Als Chance sehe man insbesondere die derzeit dort bestehenden guten Kooperationen mit den Schulen, Einrichtungen, Bürgertreff und anderen am Gemeinwesen beteiligten Personen sowie die dortige gute personelle und räumliche Kompetenz. Ein weiteres Sorgenkind stelle der Aktivspielplatz in der Weststadt dar.

Stadträtin **Lange** sieht in Variante B die logische Konsequenz. Für sie stelle sich allerdings die Frage, wie es gelingen könne, mit einem Zuschuss von künftig nur noch 30.000 Euro im Jahr in

Protokollauszug Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales 18.04.2012

Eglosheim eine schlagkräftige Kinder- und Jugendförderung durchzuführen.

Frau **Karcheter** geht nachfolgend auf die Fragestellungen aus der Mitte des Gremiums im Hinblick auf Stellenanteile und Angebot, freie Träger und den Grundsatz des Matching ein.

Auf Nachfrage von Stadträtin **Kopf** macht EBM **Seigfried** Ausführungen zum Personalanteil der im Stadtteil Eglosheim kommunal verorteten Sozialarbeit insbesondere in den Bereichen Jugendförderung, Gemeinwesenarbeit, Schulsozialarbeit sowie der Stadtteilbeauftragten.

Abschließend das Ergebnis der Aussprache zusammenfassend erklärt EBM **Seigfried**, dass der Gedanke des Grundsatzes des Matching seitens der Verwaltung mitgenommen werde. Dem Gremium werde auf dieser Basis noch vor der Sommerpause eine Entscheidungsvorlage zur Beratung vorgelegt. Auch die Thematik Aktivspielplatz West solle in einer Vorlage möglichst in zeitlichem Zusammenhang inhaltlich betrachtet werden.

TOP 5

Produktion eines Imagefilms "Sport in Ludwigsburg"

Vorl.Nr. 144/12

Beschluss:

1. Die Produktion eines Imagefilms „Sport in Ludwigsburg“ wird genehmigt.
2. Mit der Produktion wird der Ludwigsburger Filmclub e.V. beauftragt.
3. Die Produktionskosten in Höhe von 5.610,- € werden genehmigt und sind in den Jahren 2012 und 2013 aus dem Budget des Fachbereichs Bildung, Familie, Sport zu finanzieren.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Schwytz

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** verweist einleitend auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 144/12.

Herr **Fröhlich** (FB Bildung, Familie, Sport) geht kurz auf die Vorlage ein und weist in diesem Zusammenhang auf ein Exposé des Ludwigsburger Filmclubs e.V. als ersten Einstieg hin.

In der nachfolgenden Aussprache ist dies für Stadtrat **Kromer** eine weitere Umsetzung der eingebrachten Ideen bei der Erarbeitung des Sportentwicklungsplans. Die CDU-Fraktion stimme dem Beschlussvorschlag zu, hätte aber erwartet, dass bei der Erstellung des Exposé sowohl der Stadtverband für Sport als auch, zumindest informativ, der Ausschuss eingebunden worden wäre. Man rege daher an, dass neben der Darstellung des Breiten- und Spitzensportes auch der Schulsport mit Blick auf seine Bedeutung und hohen Bildungswert seinen Platz bekomme.

Stadtrat **von Stackelberg** erklärt, man finde die Idee „Sport in Ludwigsburg“ grundsätzlich gut. Viele Dinge seien dabei aber noch unklar, insbesondere in Bezug auf Zielgruppe, Anlass und Inhalt. Dabei sollte nachhaltig über längere Sicht Wirkung erzeugt werden.

Stadtrat **Kirnbauer** spricht sich im Namen seiner Fraktion klar für das Vorhaben aus.

Aus der Sicht von Stadträtin **Steinwand** ist dies eine gute Sache und bedeute Qualität für wenig Geld. Sie regt an, den Film beispielsweise als Vorfilm in Kinos und bei verschiedenen Gelegenheiten zu zeigen.

Nach Mitteilung von Stadtrat **Heer** macht dies auch aus Sicht seiner Fraktion Sinn. Man werde daher der Vorlage zustimmen. Er bittet in diesem Zusammenhang um eine Berichterstattung zum Stand des Sportinternats.

EBM **Seigfried** geht im Anschluss kurz auf eine Fragestellung von Stadträtin **Lange** bezüglich der Auftragsvergabe und Produktion ein.

Das Ergebnis der Aussprache zusammenfassend schlägt EBM **Seigfried** vor, das gemeinsam mit dem Filmclub erstellte in der bisherigen Form bestehende Exposé den Fraktionen zukommen zu lassen. Seitens der Fraktionen bestehe so die Möglichkeit, gegebenenfalls Anregungen und Rückmeldungen diesbezüglich zu geben.

EBM **Seigfried** stellt abschließend die Vorl.Nr. 144/12 im Gremium zur Abstimmung.

Das Exposé des Sport-Imagefilms der Stadt Ludwigsburg ist der Niederschrift des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales vom 18.04.2012 als Anlage beigefügt.

TOP 6 **Aktueller Stand Mieterumsetzungen "Am
Sonnenberg"**
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Nach kurzer Einführung durch EBM **Seigfried** berichtet Herr **Scheuermann** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) zum aktuellen Stand der Mieterumsetzungen „Am Sonnenberg“ und dortigen städtebaulichen Veränderungen und zeigt dies verdeutlichend anhand von Grafiken auf. Er verweist auf den ergänzenden Beschlusstext des BTU vor über einem Jahr, dass die Mieterumsetzung zeitlich so gestaffelt würde, dass den verbliebenen Bewohnern vorrangig wieder im Sonnenberg ein Wohnungsangebot gemacht werden könne. Er geht auf Hintergründe, Zusammenhänge und Chronologie ein. Die Fair-Wohnen-Gebäude würden im Frühjahr fertig gestellt, Mitte bis Ende 2013 sollen die Vereinbarungen abgeschlossen und die Bewohner ausgezogen sein und Ende 2013 könne mit den Abbrucharbeiten begonnen werden.

Im Rahmen der nachfolgenden Aussprache beantwortet Herr **Gebler** (Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH) Nachfragen von Stadträtin **Kopf** und Stadtrat **Dr. Bohn** in Bezug auf die Thematik Zwischenlösung, Umzugshilfe, Beratung, Gebäudezustand, Umzugsstand und Zeitplan sowie zur Zahl umgezogener Kinder.

EBM **Seigfried** stellt klar, die Zählung betreffe allgemein Kinder bis 18 Jahre.

Aus der Sicht von Stadträtin **Klett-Heuchert** sei dabei insbesondere die Zahl der umgezogenen Grundschulkindern interessant.

Stadtrat **Dr. Bohn** bringt nachfolgend für seine Fraktion zum Ausdruck, die Verwaltung müsse sich bezüglich des Stadtteils Grünbühl-Sonnenberg auch nach Realisierung der neuen Mitte im Bereich Grünbühls Gedanken machen, wie das Stadtteilbewusstsein und ein Zusammenwachsen von Grünbühl und Sonnenberg weiterhin gefördert werden könnte.

EBM **Seigfried** verweist auf einen in diesem Zusammenhang seitens der SPD-Fraktion an die Verwaltung übergebenen Berichtsantrag und geht erläuternd kurz auf den Sachverhalt ein.

Es folgen abschließende Ausführungen von EBM **Seigfried** zum Verfahren der Umsetzung.

Die Präsentation ist der Niederschrift des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales vom 18.04.2012 als Anlage beigefügt.

Aufgrund ihrer endenden zweijährigen Abordnung von der Landesverwaltung zur Stadt Ludwigsburg verabschiedet EBM **Seigfried** Frau Karcheter am Ende des öffentlichen Teils der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales förmlich und spricht ihr im Namen aller den Dank für ihre gute, engagierte und sehr einsatzbereite Arbeit bei der Stadt Ludwigsburg aus. Im Anschluss überreicht EBM **Seigfried** Frau Karcheter als Anerkennung einen Blumenstrauß.

TOP 6.1

Berichtsantrag Zusammenwachsen Grünbühl
und Sonnenberg zu einem Stadtteil
- Antrag der SPD-Fraktion vom 18.04.2012

Vorl.Nr. 173/12

Beratungsverlauf:

Der Antrag der SPD-Fraktion, Vorl.Nr. 173/12 wurde im Sachzusammenhang mit der Beratung des Tagesordnungspunktes 6 gestellt und der Verwaltung zur Bearbeitung mit der Bitte um Berichterstattung übergeben.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 6.